

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 48

Köln, den 28. November 1930

31. Jahrg.

Der Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft und die soziale Pflicht der Volksgesamtheit.

Vortrag von C. Jansen auf dem XIII. Verbandstag.

(Fortsetzung)

Die Zahl der als Angestellte und Beamte erwerbstätigen Personen hat sich von 3,2 auf 5,6 Millionen vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1925 gesteigert. Das ist eine Vermehrung von 66 Prozent. Bei den Selbständigen ist eine Vermehrung von nur 5,7 v. H. eingetreten, bei den Arbeitern von ca. 24 v. H. Wenn eine verhältnismäßig geringere Zahl von Unternehmern die wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen vermag (sie erfüllen sie allerdings nur in privatwirtschaftlichem Sinne), so ist nicht einzusehen, warum der um 24 Prozent gesteigerten Arbeiterzahl ein 66 prozentiges Anwachsen der Beamten und Angestellten gegenüberstehen muß. Mit ihrer nicht nur gesicherten, sondern auch besseren Existenz führen sie die Arbeiter in eine um so stärkere wirtschaftliche Unsicherheit. Je stärker die Zahl der in Verwaltung und Güterverteilung tätigen Personen mit gesicherter Existenz anwächst, um so weniger verbleibt dem in der eigentlichen Produktion tätigen Arbeiter vom Arbeitsertrage. Das alte Sprichwort „Wer das Kreuz hat, segnet sich“ trifft hier zu. Wer an den Zentralstellen des wirtschaftlichen Kreislaufs steht, hat die Macht und nimmt sich das Recht, mehr zu nehmen, als er den anderen zukommen läßt. Die eigentliche Handarbeit hat für sie immer noch nicht an Wert gewonnen.

Die Rationalisierung in Verwaltung und Güterverteilung entspricht nicht in ihrem Ausmaße dem in der Produktion für notwendig Erachteten. Gewiß aber erfüllen Verwaltung, Handel und Verkehr ihre wirtschaftliche Aufgabe nicht, wenn sie einen stärkeren Teil des Wirtschaftsertrages an sich reißen, sich aber außerstande zeigen, der Arbeiterbevölkerung in ihrer Gesamtheit Arbeit und Brot zu vermitteln.

Der wichtigste Verkehrsbetrieb in der deutschen Wirtschaft ist die deutsche Reichsbahn. Es ist von ihr bekannt, daß sie in ihren Werkstätten schärfstens rationalisiert hat, daß sie infolge der gesteigerten Produktionsleistung aber Tausende von Arbeitern entlassen hat. Hingegen ist ihr die Entlassung von Beamten nicht möglich. Wir haben also bei der Reichsbahn den Zustand, daß die Zahl der Beamten im Verhältnis zur Zahl der Reichsbahnarbeiter stark angeschwollen ist. Beamte werden bekanntlich nicht nur besser entlohnt als die Arbeiter, sondern haben auch noch den Vorzug der Weiterbeförderung im Krankheitsfalle, des längeren Urlaubs, des Pensionsanspruchs (ohne Gegenleistung an Beiträgen) bei Arbeitsunfähigkeit. Bei dieser Sachlage vergegenwärtigt man sich, daß die Achsenkilometerleistungen der Reichsbahn von 1913 auf 1929 pro Beschäftigten von 3421 km auf 3615 km, also nur um 5,7 v. H. gestiegen sind. Dieser geringen Leistungssteigerung stehen erheblich größere Aufwendungen für Gehälter und Pensionen gegenüber. Die Bevölkerung in ihren breiten Schichten aber trägt die Last. Die erhöhten Frachten trägt sie in höheren Warenpreisen, und die persönlichen Reisen in der letzten Wagenklasse bezahlt sie mit einem Aufschlag von 100 Prozent. Die Reichsbahn aber klagt und jammert, daß sie nicht rentabel ist.

In der wirtschaftlichen Verwaltung haben sich ähnliche ungesunde Verhältnisse entwickelt.

„Der deutsche Metallarbeiter“, das Organ des Christlichen Metallarbeiterverbandes, brachte unlängst die Berechnungen eines Wissenschaftlers über die Entwicklung der Gestehungskosten und der

sonstigen Kostengruppen in der nicht eisenverarbeitenden Metallindustrie. Für das gleiche Stück Ware ergeben sich danach folgende Kosten:

	1913		1929		1929 mehr	
	RM	%	RM	%	RM	%
Materialwert	75,39	43,6	99,23	31,9	23,84	31,6
Arbeitslohn	29,62	17,1	49,79	16	20,17	68,1
Unkosten	67,88	39,3	162,19	52,1	94,31	138,9
Verkaufspreis	172,89	100,—	311,21	100,—	138,32	80,—

Die Tendenz des sinkenden Anteils am Arbeitslohn und des steigenden Anteils von Verwaltung und Verteilung am Warenpreis tritt hierbei vielleicht nicht einmal so kraß hervor, wie es in anderen Wirtschaftszweigen der Fall ist. Aber sie ist auch so schon typisch für die ganze Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens.

Die Warenpreise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs folgen am allerwenigsten der Rückläufigkeit der Rohstoffpreise und der Erzeugungslöhne. Dafür ist die wachsende Differenz der Indexpfiffern des Groß- und des Kleinhandels der beste Beweis.

Gruppe	Preise (1913 = 100 %)						Mehraufschlag des Kleinhandels		
	1928		1929		1930		1928	1929	1930
	Großhandel	Kleinhandel	Großhandel	Kleinhandel	Großhandel	Kleinhandel			
Gesamt-Index	141	151	135	153	125	152	7	13	22
Ernährung	135	152	1-5	154	113	143	13	23	27
Bekleidung	166	170	142	172	108	167	2	21	55
Verbrauchsgüter des Haushalts	176	187	172	192	161	193	6	12	20

Die Verteuerung, die nicht bedingt ist durch eine Erhöhung der Arbeitslöhne, setzt jedoch schon beim Großhandel ein. Der Großhandelsindex für industrielle Rohstoffe und industrielle Fertigwaren zeigt nämlich folgende Entwicklung:

	1913	1925	1930
Rohstoffe	100	140,3	116,4
Fertigwaren	100	156,7	148,4
Differenz v. H.	—	11,7	27,5

Wenngleich die Produktionskosten nicht in gleichem Maße fallen können wie die Rohstoffe, so zeigt doch die Steigerung der Indexpunktzahl zwischen Rohstoffen und Fertigwaren in den Jahren 1925 bis 1930 von 16,4 auf 32,—, daß hier nicht nur gestiegene Arbeitslohnkosten in Frage kommen.

Immer wieder bleibt so festzustellen, daß die ganze Wucht des wirtschaftlichen Druckes auf die produktiv tätigen Arbeiter fällt. Sie müssen mehr leisten, sie müssen mit Löhnen sich bescheiden, die dem gesteigerten Wert der Arbeitsleistung nicht entsprechen, sie tragen am stärksten das Risiko einer unsicheren Existenz, sie werden in Zeiten des Absatzmangels am ehesten und am stärksten von der Arbeitslosigkeit erfaßt. Zum Dank dafür sollen sie für die Folge auch das ganze Risiko der Arbeitslosenversicherung noch allein tragen.

Bekanntlich lehnt die Reichsregierung für die Folge jede Beteiligung an der Aufbringung der Kosten für die Arbeitslosenversicherung ab. Sie will lediglich pro Jahr 400 Millionen RM für die Zwecke der Krisenfürsorge weiter zur Verfügung stellen. Unsere Auffassung ist, daß die über Deutschland hereingebrochene Katastrophe der Arbeitslosigkeit keine Angelegenheit ist, die nur die Arbeiterschaft etwas angeht. Diese große Not muß vom ganzen Volke getragen und ausgeräumt werden. Das Wollen der Reichsregierung, daß je stärker die Arbeitslosigkeit, desto geringer die Leistungen der Arbeitslosenversicherung sein sollen, ist mit einem gesunden sozialen Empfinden einfach nicht zu vereinbaren. **Jede Versicherung verliert ihren Sinn, wenn sie nicht in die Lage versetzt wird, zu halten, was sie verspricht.**

Es scheint fast, daß die Reichsregierung hier jenen Einflüssen zu stark Gehör gezeigt hat, denen jede Sozialversicherung ein Greuel ist. Die eine um die Gnade des Herrn bittende Arbeiterschaft wollen oder die die gesetzliche Sozialversicherung ablehnen, weil sie das privatwirtschaftliche Versicherungsgeschäft beeinträchtigt. Soviel ist sicher: Wenn jeder deutsche Arbeiter freiwillig bei einer privaten Versicherungsgesellschaft gegen Krankheit, Erwerbsunfähigkeit, Unfall usw. versichert wäre, so würde das in der ganzen Welt als ein ungeheuer wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt gepriesen werden. Nun aber, wo die gleichen oder gar noch besseren volkswirtschaftlichen und sozialen Vorteile erzielt werden durch eine gesetzliche Zwangsversicherung, da taugt das alles nicht. Da soll das Arbeitsunlust, Rentenpsychose, Korruption, Unmoralität und ähnliche Störungen im Volksleben hervorrufen.

Einig sind wir uns alle darin, daß nicht die Versorgung ohne Arbeit das Hauptziel in Zeiten der Arbeitslosigkeit sein kann, sondern die Beschaffung von Arbeit. Die vom Redner vorgetragene Meinung über Durchführbarkeit und Wirkungen einer Arbeitszeitverkürzung löste den Widerspruch des Verbandstages aus, der seine Überlegungen in der in voriger Nummer veröffentlichten Entscheidung zum Ausdruck brachte.

Die erste Pflicht der Wirtschaft ist es, n e u e Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Dabei kommt es gar nicht darauf an, plötzlich drei Millionen in Arbeit zu bringen. Es genügt, wenn nur ein erheblicher Teil davon in neugeschaffene Arbeitsplätze einrückt. Arbeit schafft immer wieder neue Arbeit. Der werteschaffende Mensch, der ein Einkommen hat, kann Bedürfnisse befriedigen, denen der arbeits- und einkommens-

lose Mensch nicht gerecht werden kann. Das Geld muß seinen wirtschaftlichen Kreislauf gehen. Es darf nicht stilliegen. Davon hängt der Grad der Wertnachfrage und der Arbeit ab.

Wo Arbeitskraft und Kapital in der Wirtschaft nicht eingesetzt werden, kann kein wirtschaftliches Leben gedeihen. Wir sehen, wie aus dem rein privatwirtschaftlichen Denken immer wieder Schwierigkeiten volkswirtschaftlicher Art entstehen. Wer spart und sein Geld „sicher im Strumpfe aufbewahrt“ oder zur Sicherheit ins Ausland schafft, handelt zweifellos, privatwirtschaftlich gesehen, richtig. Volkswirtschaftlich aber ist sein Verhalten schädigend, weil er, anstatt den gesunden Kreislauf des Wirtschaftslebens zu fördern, der Wirtschaft das Blut entzieht. Der Unternehmer, der verdienen will, der seinen Betrieb rationalisiert, der die Produktion erhöht, menschliche Arbeitskraft und Betriebskosten erspart, handelt privatwirtschaftlich durchaus richtig. Volkswirtschaftlich aber rächt sich das alsbald, weil der Mensch ausgeschaltet, außer Einkommen gesetzt, so die Verbrauchskraft geschwächt wird und der Absatz zurückgehen muß. Diese Nachteile vermag auch die Derbilligung der Preise nicht auszugleichen.

Es wird die höchste Zeit, daß neben die privatwirtschaftlichen Erwägungen volkswirtschaftliche treten und sich auswirken. Wir haben heute lediglich als Volkswirtschaft die Sammlung von vielen einzelnen Privatwirtschaften. Es fehlt der einheitliche Wille, ein organisch verbundenes und verpflichtendes Glied der Gesamtheit zu sein.

Trotz aller Hemmnisse sind wir jedoch in Deutschland am ehesten in der Lage, eine Volkswirtschaft zu schaffen, die auch den Gesamtnotwendigkeiten Rechnung zu tragen vermag. Man braucht nur an die öffentliche Hand als die größte Auftraggeberin der deutschen Wirtschaft, und damit an den wirklich volkswirtschaftlichen Einfluß, den sie ausüben könnte, zu denken. Ebenso bietet kein anderes Land, so wie das deutsche, die Möglichkeit, daß sich die Arbeiterschaft als starker Träger der notwendigen Entwicklung in das deutsche Wirtschaftsleben einzuschalten vermag. Und gerade für diese beiden Faktoren: öffentliche Hand und Arbeiterschaft gilt es, die Parole auszugeben: Steigender Lohn bei vermehrter Arbeit! Vermehrte Arbeit nicht im Sinne einer Gütererzeugung, für die weder Bedarf noch Nachfrage da ist, sondern vermehrte Arbeit, um allen Arbeitern Arbeitseinkommen zu schaffen, und damit dem Volkswohlstand zu dienen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Arbeitslosigkeit in der Welt.

Das Internationale Arbeitsamt, als Zentralstelle für Studien und Materialsammlung internationaler Sozial- und Wirtschaftspolitik, bereitet eine umfangreiche Arbeit über Ausdehnung und Gründe der Arbeitslosigkeit vor. Diese wichtige Materialsammlung ist jedoch noch nicht abgeschlossen; gegenwärtig werden im Arbeitsamt sorgfältig die Arbeitslosenziffern aus den verschiedenen Ländern der Erde zusammengetragen und ihre Entwicklung verfolgt, wobei selbstverständlich auch Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika berücksichtigt werden, obwohl beide Länder nicht Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation sind. Die letzten Ziffern, die vom Genfer Arbeitsamt über die Arbeitslosigkeit in der Welt bekanntgegeben werden, zeigen, in wie erschreckendem Maße das Übel überall — mit zwei Ausnahmen — zugenommen hat, und daß fast alle Wirtschaftsländer unter der Arbeitslosigkeit leiden, wenn auch nicht in so starkem Maße wie die Hauptbeteiligten, Deutschland, England und die Vereinigten Staaten.

Die Zahlen, welche das Internationale Arbeitsamt in diesen Tagen veröffentlicht, bezeichnen die Lage auf den Arbeitsmärkten gegen Ende August und Anfang September dieses Jahres; da die einzelnen Staaten z. T. ihre Statistiken erst spät einfinden, da diese außerdem nach verschiedenen Methoden abgefaßt und nicht ohne vorherige Überarbeitung miteinander vergleichbar sind, dauerte es immerhin einige Wochen, bis die Veröffentlichung möglich wurde. Die deutschen Zahlen seien als bekannt vorausgesetzt. Im benachbarten Österreich steht es verhältnismäßig nicht besser, hier zählte man 156 124 unterstüßte Arbeitslose, während diese Zahl sich vor einem Jahr auf etwa 100 000 belief.

Gewaltige Zahlen werden auch aus dem nächst Deutschland in Europa am stärksten betroffenen England gemeldet. Hier zählte man Ende August 1 500 990 Dollarbeitslose (die Ziffern für Deutschland und Österreich beziehen sich ebenfalls auf Dollarbeitslose, die

für Kurzarbeiter sind nicht angegeben), wozu noch 618 658 Kurzarbeiter hinzutreten. Die Vergleichszahlen für denselben Monat des Vorjahres sind: 918 550 und 280 352. Auch in England haben ja inzwischen diese Zahlen noch eine beträchtliche Erhöhung erfahren.

Wenn auch nicht im gleichen Verhältnis wie in den genannten Ländern, herrscht doch eine gewisse Arbeitslosigkeit auch in Belgien und der Tschechoslowakei. In Belgien zählte man rund 49 000 Kurzarbeiter und 15 202 Dollarbeitslose (im Vorjahr 16 452 und 403 in der Tschechoslowakei 37 853 (16 859 i. V.)). In Polen belaufen sich die Ziffern für Ende Juli dieses Jahres auf 170 665 Dollarbeitslose und 70 597 Kurzarbeiter (im Juli 1929 zählte man 84 300 bzw. 89 639, woraus hervorgeht, daß die Zahl der Kurzarbeiter in Polen sich leicht vermindert, während die der Dollarbeitslosen sich im letzten Jahr um 100 Prozent vermehrt hat).

Auch Italien leidet unter der Arbeitslosigkeit: Anstatt 236 316 Arbeitslose, die man hier Ende August 1929 zählte, weist das Land ein Jahr später rund 400 000 Arbeitslose auf, und auch in Holland muß man von 1929 zu 1930 eine Vermehrung der Arbeitslosenziffer von mehr als 100 Prozent feststellen (von 12 030 zu 25 772). In anderen europäischen Ländern ist die Vermehrung prozentual noch größer, wenn auch die Zahlen selbst verhältnismäßig klein sind: Rumänien, das im Juli 1929 nur 3909 Arbeitslose zählte, mußte im Juli d. J. mit 23 236 rechnen, Schweden mit 26 147 (gegenüber 10 048 im Vorjahr), und nur Frankreich und — auf den ersten Blick erstaunlicherweise — Rußland zeigen ein günstiges Bild. In Frankreich gab es tatsächlich Ende August 1930 nicht mehr als 964 Arbeitslose — das offizielle Ministerwort, daß Frankreich noch keine tausend Arbeitslose habe, besteht also zu Recht. In Sowjetrußland läßt sich seit dem Juli 1929 eine bedeutende Verminderung der Arbeitslosenzahlen feststellen; während man 1929 noch 1 310 000 Arbeitslose zählte, belief sich diese Zahl im Mai 1930 auf 936 000 und

im Juli 1930 sogar auf nur 785 700. Wenn man auch gegenüber „amtlichen“ Statistiken aus Sowjetrußland vorsichtig sein muß, so läßt sich ein solcher Rückgang andererseits auch aus der in den letzten Monaten in Rußland mächtig betriebenen Produktion zu Ausfuhr- und Dumpingzwecken erklären.

Aus Nordamerika liegen keine absoluten Zahlen vor, doch teilt das Arbeitsamt mit, daß hier — in den Vereinigten Staaten — Ende August 25 v. H. aller Erwerbstätigen arbeitslos waren (im August des Vorjahres waren es nicht mehr als 9 v. H.). Die Zahl

der Arbeitslosen in Kanada ist von 6002 im Juli 1929 auf 18 473 im Juli 1930 gestiegen.

Man sieht: Anwachsen der Arbeitslosenzahlen überall, mit ver- schwindenden Ausnahmen. Wenn das Internationale Arbeitsamt die Zahl der Arbeitslosen in der Welt mit 15 Millionen ansetzt, so ist diese Ziffer vielleicht noch zu niedrig gegriffen, sie ist in jedem Fall durch die Entwicklung der beiden letzten Monate überholt. Wann wird diese gefährliche und allgemeine Krise, die vielleicht die schlimmste Folge des Weltkrieges ist, ein Ende nehmen?

Weltwirtschaftskrise und Reallohnentwicklung.

Die Entwicklung des Reallohnes in der Weltwirtschaftskrise ist von größter praktischer Bedeutung. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß das Internationale Arbeitsamt jetzt auch die von ihm errechneten Reallohnmeßziffern veröffentlicht, die den internationalen Stand der Reallohne vom 1. Juli 1930 angeben, zu einem Zeitpunkt also, an dem sich die Weltwirtschaftskrise in allen Ländern voll auswirkte. Diese Reallohnstatistik wird schon seit Anfang vorigen Jahres laufend in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ veröffentlicht. Leider sind die früheren Veröffentlichungen mit der jetzt erschienenen nicht ohne weiteres vergleichbar, weil die von den einzelnen Regierungen zur Verfügung gestellten Unterlagen jedesmal wieder abgeändert worden sind, um die tatsächlichen Verhältnisse möglichst genau zahlenmäßig zu erfassen.

Das früher vom Internationalen Arbeitsamt angewandte Verfahren bestand darin, daß die Kaufkraft der Löhne bestimmter Arbeitergruppen in einigen großen Städten verschiedener Länder an den Preisen für einen sogenannten „Vorratskorb“ gemessen wurden. Es wurde zu diesem Zweck, entsprechend den Verbrauchsgewohnheiten in einzelnen Ländergruppen, eine bestimmte Lebensmittelmenge ausgewählt und nun festgestellt, wievielfach z. B. der Buchdrucker in Berlin den Vorratskorb mit seinem Wochenlohn für die 48-Stundenwoche, wievielfach der englische Buchdrucker den englischen Vorratskorb mit seinem Wochenlohn u. s. f. kaufen könne; dann wurden die beiden so gewonnenen Zahlen miteinander in Beziehung gesetzt, so daß sich die verhältnismäßige Kaufkraft des Lohnes eines deutschen Buchdruckers zum Lohn des englischen Buchdruckers ergab. Rechnete man diese Zahlen in Meßziffern um, so ließ sich aus diesen das Verhältnis der Reallohne für diese Berufsgruppen ableiten.

Da man, entsprechend den Lebensgewohnheiten in einzelnen Ländern, mehrere Vorratskörbe zusammenstellen und mehrere Meßziffernreihen berechnen mußte, ist man in dem Bestreben, die Reallohnberechnung zu verbessern, jetzt dazu übergegangen, einen „internationalen Haushalt“ zu berechnen. Dieser internationale Haushalt stellt die von einem männlichen erwachsenen Arbeiter wöchentlich verbrauchte Lebensmittelmenge dar. Die verbrauchten Mengen sind aus Haushaltsrechnungen ermittelt worden. Nun berechnet man, was diese Menge in Dollar in den einzelnen Ländern kostet und setzt den Preis mit dem Lohn bestimmter Arbeitergruppen in Beziehung.

Das vom Internationalen Arbeitsamt verwandte Verfahren ist theoretisch einwandfrei. Schwierigkeiten und Ungenauigkeiten entstehen jedoch daraus, daß in den einzelnen Ländern zunächst einmal für die einzelnen Arbeitergruppen keine ohne weiteres vergleichbaren und nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellten Lohnstatistiken vorhanden sind. Für Deutschland z. B. beruhen die Ziffern auf der Tariflohnstatistik, die natürlich von den tatsächlichen Verdiensten abweicht. Andere Länder, wie z. B. Dänemark, Polen, Schweden, die Tschechoslowakei und Estland, geben tatsächliche Verdienste an. Ferner lassen sich nicht ganz einfach die Preise für die verbrauchten Lebensmittelmengen ermitteln, da in den einzelnen Ländern nicht dieselben Qualitäten verbraucht werden. Vom idealen Standpunkt aus wäre es richtig, für die Berechnung des Reallohnes möglichst alle Ausgabenposten des Arbeiterhaushaltes zu erfassen und nicht nur die Lebensmittelpreise. Daher hat das Internationale Arbeitsamt auch seine Statistik schon zu erweitern versucht und die Kosten für Feuerung, Licht und Seife mit einbezogen. Die Statistiken der einzelnen Länder enthalten noch keine vergleichbaren Angaben über die Miete und die Kleidung, die wichtige Ausgabe- posten darstellen. Die Einbeziehung dieser Posten würde jedoch die Meßziffern nur insoweit beeinflussen, als die verhältnismäßigen Kosten dieser beiden Verbrauchsposten von den verhältnismäßigen Kosten der Lebensmittel abweichen.

Da die Meßziffern nach den Löhnen und Preisen in einigen Groß- städten berechnet werden, hat die neueste Statistik auch das Ver-

hältnis der Bevölkerung dieser Städte zur Gesamtbevölkerung berücksichtigt.

Nach diesem Verfahren kostet der angenommene Wochenverbrauch an Lebensmitteln eines erwachsenen männlichen Arbeiters in:

Deutschland	im Durchschnitt von 6 Großstädten	9,11 RM
den Ver. Staaten	„ „ „ 10	12,47 „
Großbritannien	„ „ „ 7	8,06 „
Italien	„ „ „ 6	8,82 „
Polen	„ „ „ 4	5,84 „

Berücksichtigt man außer den Kosten für Lebensmittel auch die für Feuerung, Licht und Seife, so ergibt sich für die obengenannten Länder folgende Reihe:

Deutschland	im Durchschnitt von 6 Großstädten	10,63 RM
Ver. Staaten	„ „ „ 10	13,31 „
Großbritannien	„ „ „ 7	9,32 „
Italien	„ „ „ 6	11,80 „
Polen	„ „ „ 4	7,27 „

Rechnet man die Kosten für den internationalen Haushalt (nur Lebensmittel) in RM in Meßziffern auf der Grundlage Groß- britanniens = 100 um, so erhält man folgende Zahlenreihen:

Deutschland	113
Dereinigte Staaten	145
Großbritannien	100
Italien	109
Polen	72

Unter Einbeziehung der Kosten für Lebensmittel, Feuerung, Licht und Seife ergeben sich auf der Grundlage Großbritanniens = 100 nach dem Stand vom 1. Juli 1930 folgende Meßziffern:

Deutschland	114
Dereinigte Staaten	143
Großbritannien	100
Italien	127
Polen	78

Setzt man nun die Preise mit den Löhnen in Beziehung, so ergibt sich daraus die Höhe des Reallohnes. Das Internationale Arbeitsamt kann natürlich keinen allgemeinen Lohndurchschnitt für das ganze Land verwenden, sondern berechnet die Löhne für typische Arbeiter- gruppen im Baugewerbe, Maschinenbau, in der Holzindustrie, dem Buchdruckgewerbe, dem Installationsgewerbe, für die Bäcker, die Gemeindebetriebe und die Verteilung elektrischer Kraft. Nach dem Lohn- und Preisstand vom 1. Juli 1930 hat das Internationale Arbeitsamt folgende Reallohnziffern errechnet:

Meßziffern des verhältnismäßigen Standes der Reallohne in den Großstädten verschiedener Länder für Juli 1930 (Grundlage: Großbritannien = 100)

Länder	Anzahl der Städte	Meßziffern der Nahrungsmittel	Meßziffern für Nahrungsmittel, Feuerung, Licht und Seife
a) Lohnsätze:			
Großbritannien	7	100	100
Deutschland	6	74	73
Österreich	3	50	48
Kanada	6	157	155
Dereinigte Staaten	10	188	190
Spanien	4	43	40
Irland	3	95	97
Italien	6	45	36
Niederlande	4	84	81
Polen	4	66	61
Jugoslawien	3	49	42
b) tatsächliche Verdienste			
Dänemark	1	115	117
Schweden	3	109	107

In dieser Übersicht sind zwei Ländergruppen unterschieden. In der ersten sind nur Mindest- und Tariflohnsätze, und in der zweiten die tatsächlichen Verdienste zugrunde gelegt. Die Meßziffern in der letzten Gruppe sind wahrscheinlich etwas zu hoch, weil die Grund-

ziffer (die für Großbritannien) einen Durchschnitt der Lohnsätze und nicht der Verdienste bildet. Bei einem Vergleich der oben angeführten Zahlen sind daher die angeführten Vorbehalte zu berücksichtigen.

Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart.

In der Sonntagsausgabe der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 12. Oktober 1930 wendet sich ein Industrieller gegen die Machtstellung der Gewerkschaften, insbesondere der Gewerkschaftssekretäre. Er begründet seinen Ruf „Fort mit den parteipolitisch eingestellten Gewerkschaftssekretären aller Berufsstände“ vor allem damit, daß diese die Wirtschaft bisher in hohem Maße und mit Mißerfolg beeinflusst hätten, ohne die komplizierten Zusammenhänge der einzelnen Wirtschaftszweige unter sich zu verstehen. Demgegenüber hält „Der Deutsche“, Nr. 242, vom 15. Oktober 1930, in einem Aufsatz „Die Verantwortung des Unternehmertums“ den Unternehmern vor, sie hätten in den letzten Jahren bewiesen, daß sie aus der Vergangenheit nichts gelernt und alles vergessen hätten. „Statt mit den konservativen und positiven Kräften der Gewerkschaftsbewegung zu paktieren, haben sie durch ihr Verhalten die Arbeitsgemeinschaft zerschlagen. Weil die Gefahr nicht mehr für sie akut schien, sind sie ihre eigenen Wege gegangen. Die Politik der Vernunft wandelte sich in eine solche der Unvernunft. Es schien fast, daß es ihnen ein besonderes Vergnügen bereite, zu zeigen, daß sie wieder die Herren sind und sie sich nicht mehr von dem „Geklaff“ der Gewerkschaften imponieren lassen. Ihre Wirtschaftsführung führte zur Massenarbeitslosigkeit, zu Maßnahmen, die tiefen Groll und Erbitterung in der Arbeiterschaft wachsen lassen mußten.“ Es soll hier nicht untersucht werden, ob eine der beiden Äußerungen, die der Arbeitgeber- oder die der Arbeitnehmerseite, richtig ist. Eine solche Untersuchung würde eine lediglich negative Kritik der „Tatsache der heutigen Wirtschaftsnot“, die eine solche der Produktionsmittel und Arbeitskräfte zugleich ist, darstellen. Mir scheint, daß wir in Deutschland an zwei Dingen Überfluß haben, nämlich an Not und an negativer Kritik. An der Beseitigung dieses Überflusses mitzuwirken, sollte daher vornehmste Pflicht jedes Deutschen sein. Das Gebot der Stunde lautet daher nicht: negative Kritik, sondern positive Mitarbeit. Wer soll mitarbeiten? Nun, jeder, der von der Not betroffen wird, und das sind Unternehmer und Arbeiter, Angestellte usw. Woran sollen diese mitarbeiten? Etwa nur an der Beseitigung oder Milderung ihrer eigenen Notlage?

Man hat in letzter Zeit zu viel von der Verflechtung der Weltwirtschaft untereinander, der Beeinflussung der eigenen Krise durch die Weltwirtschaftskrise, der Rückwirkung des Young-Plans und der sonstigen Auslandsschulden auf die allgemeine Wirtschaftslage, der Abhängigkeit des Beschäftigungsgrades des einen Wirtschaftszweigs von dem anderen gehört, als daß man annehmen könnte, die Auffassung sei noch nicht Allgemeingut des deutschen Volkes geworden, daß die Notlage des einen von heute die des anderen von morgen sei. Die Lösung kann daher nur lauten, Mitarbeit jedes einzelnen an der Beseitigung der allgemeinen Notlage. Worin kann diese Mitarbeit bestehen? Die Antwort dürfte nicht so schwer sein, wenn jeder einzelne sich als von der allgemeinen Notlage betroffenes Mitglied der Familie Deutschland fühlen würde. Er würde wissen, daß seine Mitarbeit an der Beseitigung dieser allgemeinen Notlage ebenso wie bei einem Unglücksfalle in seiner eigenen engeren Familie für ihn Mittraghelfen, d. h. Opfer bedeutet. Bei gutem Willen sollte es, wie in einer Familie, auch in Deutschland möglich sein, diese Opfer auf die Schulter aller Glieder abzumwälzen, und zwar abgestuft nach deren Leistungsfähigkeit. Auch über die Möglichkeit der Beteiligung an dem Opfer und über den Grad der Leistungsfähigkeit dürfte bei gutem Willen eine Verständigung zu erzielen sein. Eine starre Regelung würde hierbei, wie in einer Familie, zu keinem Ziele führen.

Es bedarf keiner weiteren Beweisführung, daß beim Zusammentritt des Familienrates des deutschen Volkes wegen der Beratung über die Verteilung der Lasten in den einzelnen Betrieben, einem Wirtschaftszweige oder der Gesamtwirtschaft eine Beteiligung jedes einzelnen Arbeitnehmers der verschiedenen Gruppen praktisch nicht möglich ist. Darüber, daß diese zu der Beratung überhaupt zuge-

zogen werden, ja daran beteiligt werden müssen, auch nur ein Wort zu verlieren, scheint mir heute nicht mehr angebracht. Durch wen sollen sie aber vertreten werden? Die Beantwortung dieser Frage sollte sich eigentlich erübrigen. Ist sie doch in einer Zeit, als sich Deutschland in einer ähnlichen Notlage befand wie heute, längst beantwortet worden. Wer unvoreingenommen und offenen Auges die Entwicklung der Dinge in Deutschland verfolgt, dem dürfte es klar sein, daß für die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Belange der Arbeitnehmer nur deren wirtschaftspolitische Organisationen, das sind für die Arbeiter nach wie vor die Gewerkschaften, in Frage kommen. Dieses heute noch hervorheben zu müssen, ist bedauerlich. Wird doch heute allgemein anerkannt, daß die verhältnismäßig ruhige Überwindung der Wirren der Jahre nach Ende 1918 nicht zuletzt auf die besonnene Haltung der Gewerkschaftsführer und -mitglieder, insbesondere auf das verantwortungsbewußte tatkräftige Handeln der christlichen Gewerkschaften, zurückzuführen ist. Sollten die Gewerkschaften aus den Erfahrungen der letzten zwölf Jahre nichts gelernt haben? Siegt die Vermutung nicht näher, daß die Gegenseite in den ruhigen, letzten Jahren manches vergessen hat? Spricht nicht der Ausfall der Wahlen vom 14. September ds. Js. eine deutliche Sprache? Wer die Zeichen der Zeit zu deuten sich bemüht, kann daraus manche Lehre ziehen. Eine Tatsache scheint mir besonders bedeutsam. Nämlich die, daß auch der Mittelstand, angefangen von den Angestellten, über Handwerker, Bauern bis zu den Kaufleuten, Klein- und Mittelunternehmern, der bisher irrtümlicherweise sich selbst noch für einigermaßen wohlhabend hielt und daher naturgemäß auch von den anderen Bevölkerungskreisen dafür gehalten wurde, sich seiner Armut und seiner politischen Einflußlosigkeit bewußt geworden ist. Es scheint die Gefahr zu bestehen, daß diese Schichten infolge der plötzlichen Erkenntnis ihrer materiellen und geistigen Not und ihrer politischen Unerfahrenheit Wege gehen, die der Gesamtnotlage des deutschen Volkes und einer organischen Entwicklung des deutschen Wirtschafts- und Staatslebens nicht gerecht werden. Und hier liegt meines Erachtens der Angel- und Schwerpunkt der heutigen und künftigen Gewerkschaftsarbeit, insbesondere der der christlichen Gewerkschaften, die unter Ablehnung eines einseitigen Klassenstandpunktes ihre Volkverbundenheit stets betont haben. Neben der Wahrnehmung der Belange ihrer Mitglieder werden sie diesen Verständnis für die verhältnismäßig ebenso große Notlage der Mittelschichten wie letzterer auch mehr Verständnis für die Lage ihrer Mitglieder zu vermitteln haben. Ferner werden sie mit dem ganzen Gewicht ihrer Organisationen auf eine organische Entwicklung des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens Deutschlands hinwirken müssen. Wahrhaftig eine gewaltige, nur im Geiste christlicher Bruder- und Nächstenliebe und deutscher Vaterlandsliebe zu lösende Aufgabe. Aber eine Aufgabe, des Schweißes der Edlen wert. Möge diesem Wirken der christlichen Gewerkschaften das gesamte deutsche Volk immer mehr Verständnis entgegenbringen und ihm letztlich die Anerkennung und — die tatkräftige Mitarbeit zum Wohle seiner selbst nicht versagen!

S. W. K.

Rundschau.

„Regierung, höre . . .!“ Unter dieser Stichmarke wendet sich die „Baugewerkschaft“ (Nr. 45) gegen die Pläne des Regierungsprogramms, die Hauszinssteuermittel dem Baumarkt völlig zu entziehen. Das Blatt schreibt u. a.:

„Nicht nur wegen unserer Berufsangehörigen allein, sondern wegen der unvermeidlichen Folgen für die Gesamtwirtschaft rufen wir immer wieder zur Beibehaltung der zum Opfer des Steuerabbaues vorgeesehenen Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau auf. Die Zahl der mit uns Gleichbesorgten läßt sich zwar nicht

feststellen, sie hat aber bestimmt die qualifizierte Mehrheit im deutschen Volk. Wenn nicht mit dem bekannten Würgemittel der „größeren Notwendigkeiten“ Stimmenumbiegung versucht wird, ist bei den Abgeordneten auf eine Mehrheit für Unterlassung dieser Experimente zu rechnen. Wir mahnen nicht, um für das Baugewerbe ein „bequemes“ Weiterarbeiten zu erreichen; wir mahnen aus Sorge vor den Folgen eines Experimentes, das wiederum für Hunderttausende von Arbeitern weitere Gefahr der Arbeitslosigkeit bedeutet und zugleich auch soziale und sittliche Schäden für den großen Kreis der Wohnungsuchenden nach sich zieht. Die Unsichermachung von 400 Millionen Reichsmark Baugeld hat im Gefolge, daß auch nachstellige Baukredite nicht gegeben werden. Kenner schätzen die Summe der in Gefahr stehenden Baugelder auf eine Milliarde für das ab April 1931 laufende Wirtschaftsjahr. Nimmt man — ohne kleinliche Abwägung von mehr oder weniger Prozenten Anteil des Arbeitslohnes an den Gesamtbaukosten — den Lohnanteil mit 40 % an, dann sind 400 Millionen Arbeiterlöhne dem ganz unsicheren Wechsel der Regierung auf „anderweitige Beschaffung des Betrages“ ausgeliefert. Die Regierung will im besonderen den ländlichen Wohnungsbau und die Ansiedlung aus den Großstädten bevorzugen. In Berücksichtigung dessen kann man den Durchschnittstundenslohn eines Bauarbeiters mit 1 Reichsmark annehmen, und rechnet man 2400 Jahresarbeitsstunden, dann haben rund 166 000 Bauarbeiter für ein Jahr Aussicht auf den „faulen“ Wechsel der Reichsregierung. Dafür die „glänzenden“ Aussichten in der Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge. Für alle übrigen Arbeiter und die Gesamtwirtschaft erwächst eine Zusatzbelastung durch Mitschleppenmüssen der so aus der Produktion ausgeschalteten. Mit diesen Zahlen ist der Umfang der Gefahr noch nicht vollständig. Am Wohnungsbau hängt die Arbeitsgelegenheit für das Ausstattungsgewerbe. Ausbreitung und Ausstattung bestehender Haushalte, Neuerrichtung selbständiger Haushalte, vom Kochtopf über die Gardine bis zum Klavier, hängen von der Stellung ausreichenden Wohnraumes ab. Die Frage der Streichung oder Beibehaltung eines 400-Millionen-Betrages im Baugewerbe ist mehr als eine Angelegenheit des Finanzministers, sie ist eine volks- und staatswirtschaftliche, sie ist Arbeitsbeschaffung oder Arbeitsunterbindung, sie ist sittliches Wohnen oder armseliges Vegetieren. Regierung, höre . . .!“

Unternehmer zur Arbeitslosenkrise. Anfang November tagten in Düsseldorf der Langnamverein und die Mitglieder der Gruppe Nordwest. Preis, Lohn, Arbeitszeit waren die Kardinalpunkte, mit denen sich Vorträge und Aussprachen befaßten. Wir nahmen deshalb Notiz, weil die dort vertretene Meinung symptomatisch für das deutsche Unternehmertum ist, nicht, weil sie originell ist oder vom Willen zur Verständigung zeugt. Man sprach zwar viel von Opfern, die zu bringen die Wirtschaft bereit sein müsse, doch hat man sich wohlweislich gehütet, die Opfer zu benennen, die man bringen will. Vielleicht zielte die Bemerkung über Subventionen darauf hin. Es ist möglich, daß man darin eine Deutung des Wortes Opfer vermuten darf.

Offener sprach man schon über das Preisproblem, über Lohnlagen und Arbeitszeit. Unmißverständlich betonte Dr. Springorum, der Vorsitzende, daß die Preisenkung ihre Grenzen finde an den Selbstkosten, den notwendigen Rückstellungen und den Aufwendungen für Schuldentilgung. Die Warnung, die Wirtschaft nicht zu einem Experimentierfeld für wirtschaftliche und politische Wirkköpfe zu machen, hat sicher schon die Adressaten erreicht. Wenn nicht, dann sei sie hiermit weitergegeben. Den angekündigten Widerstand gegen Utopien darf man schon ernst nehmen, besonders wenn man weiß, daß die „Wirtschaft“ alles, was nicht in die abgestempelte Ansicht von „Wirtschaft“ hineinpaßt, als Utopie bezeichnet.

Daß man die Schuld an der Krise der Lohnpolitik zuschiebt, ist ganz natürlich, und die Behauptung, daß dem nicht zu helfen ist, der nicht einseht, daß nur Arbeit vermehrte Arbeit schafft, ist schon etwas abgenutzt. Aber alles in allem war, wie die Presse meldet, die Stimmung freundlich.

Das ist weiter gar nicht verwunderlich. Denn das Referat Müller muß ein wahrer Ohrenschmaus für Arbeitgeber gewesen sein. Unkostenenkung ist nach ihm vor allem und in erster Linie Lohnabbau. Und dann möchte man von der Dorkriegsinitiative 85 % zurückhaben, um die Welt ein wirkliches Wunder erleben zu lassen. Man kennt die diesbezüglichen Klagelaute des deutschen Unternehmertums zur Genüge und weiß sie entsprechend einzuschätzen. Ausländische Unternehmer fühlen sich absolut nicht so sehr in ihrer Initiative eingeschränkt, trotzdem sie vielfach aus dem angeblichen Eldorado unternehmerlicher Freiheiten, aus Dollaria, hierher-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 48. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 23. bis 29. November 1930 fällig.

Berichtigung! Bedauerlicherweise ist in Nr. 47 des Organs ein Irrtum unterlaufen. Unter Streikunterstützung ist folgende Tabelle richtig:

In	Streik-Unterstützung.						
	13	26	52	156	260	520	
Beitragsklasse	Wochen	Wochen	Wochen	Wochen	Wochen	Wochen	
Pfg.	RM	RM	RM	RM	RM	RM	
180	20,—	28,—	30,—	32,—	34,—	36,—	
170	19,—	26,60	28,50	30,40	32,30	34,20	
160	18,—	25,20	27,—	28,80	30,60	32,40	
150	17,—	23,80	25,50	27,20	28,90	30,60	
140	16,—	22,40	24,—	25,60	27,20	28,80	
130	15,—	21,—	22,50	24,—	25,50	27,—	
120	14,—	19,60	21,—	22,40	23,80	25,20	
110	13,—	18,20	19,50	20,80	22,10	23,40	
100	12,—	16,80	18,—	19,20	20,40	21,60	
90	11,—	15,40	16,50	17,60	18,70	19,80	
80	10,—	14,—	15,—	16,—	17,—	18,—	
70	9,—	12,60	13,50	14,40	15,30	16,20	
60	8,—	11,20	12,—	12,80	13,60	14,40	
50	7,—	9,80	10,50	11,20	11,90	12,60	
		Jugendklassen:					
40	6,—	8,40	9,—	9,60	10,20	10,80	
30	5,—	7,—	7,50	8,—	8,50	9,—	

kommen und Betriebe gründen. Also ganz so schlimm ist es sicher nicht mit der Beschränkung der Unternehmerinitiative.

Entschiedene Ablehnung erfuhr auf dieser Tagung die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Die Frankfurter Zeitung, die ihre Spalten vor nicht sehr langer Zeit dieser Frage öffnete und den Unternehmer Gütermann, der sehr beachtliche Vorschläge veröffentlichte, zu Worte kommen ließ, hat der Stellungnahme des Langnamvereins und der Gruppe Nordwest in der Arbeitszeitfrage folgende Bemerkungen gewidmet, mit denen wir zwar nicht restlos einverstanden sind, aber unsere Notiz schließen wollen:

„Ein sehr viel geringeres Opfer, wenn überhaupt eins, ist leider von den beiden Kundgebungen der Arbeitgeber mit einer in diesem Fall sehr seltsamen Kundgebungen abgelehnt worden: der Versuch einer möglichst weitgehenden Arbeitszeitverkürzung zum Zwecke von Neueinstellungen. Herr Springorum hat sich diese Ablehnung sehr leicht gemacht, indem er nur von der Forberung sprach, die Arbeitszeit allgemein von 48 auf 40 Stunden in der Woche bei gleichbleibendem Lohn zu vermindern, um eine entsprechende Zahl von Arbeitslosen unterbringen zu können“. Das heißt wirklich offene Türen einstoßen. Die Anregung zur Arbeitszeitverkürzung ist bekanntlich in ihrer reinsten Form von einem Unternehmer ausgegangen, und die Diskussion, die darüber in der „Frankfurter Zeitung“ geführt worden ist, brachte als letzten Beitrag eine Untersuchung, die die verschiedenen Möglichkeiten der Arbeitsstreckung gerade auch daraufhin untersuchte, wie sie ohne irgendwelche ins Gewicht fallende Mehrbelastung der Unternehmungen durchführbar sei. Nicht einmal die Gewerkschaften, die diese Forderung aufgenommen haben, haben sich auf einen Lohnausgleich festgelegt, geschweige denn auf einen solchen in voller Höhe, dessen Untragbarkeit ja völlig selbstverständlich ist. Niemand hat behauptet, daß dadurch das Arbeitslosenproblem als wirtschaftliches Problem lösbar sei. Aber wenn es nur gelänge, dadurch einige hunderttausend Menschen von der Straße zu nehmen und ihrem Leben wieder einen vernünftigen Sinn zu geben, so sollte dies dazu zwingen, auf der Basis einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Versuch überall dort zu machen, wo er irgendwie durchführbar erscheint, statt ihm von vornherein jede Wirkungsmöglichkeit dadurch zu nehmen, daß man ihn auf einige wenige Einzelfälle beschränken möchte. Man mag über die Aussichten, die sich hier ergeben, denken, wie man will, diese generelle Ablehnung einer Maßnahme, die doch von den in Arbeit befindlichen Angestellten und Arbeitern bei der Arbeitslosigkeit eines irgendwie beträchtlichen Lohnausgleichs unvergleichlich größere Entfagung verlangt als von den Unternehmern, wird diesen von den breiten Massen als Mangel an Verständnis für die sozialen und psychologischen Notwendigkeiten dieses Augenblicks angerechnet werden.“

Aus der Musikinstrumentenindustrie.

Der Enquete-Ausschuß über die Industrie der Großmusik-Instrumente. Der Enquete-Ausschuß gelangt in dem soeben (Verlag E. S. Mittler & Sohn) veröffentlichten Bericht über die Industrie der Großmusik-Instrumente (Pianoforte-, Harmonium-, Orgel- und Musikwerkbau sowie Bestandteileindustrien) zu dem Schluß, daß die schwer um ihre Existenz ringende Großmusik-Instrumenten-Industrie nur dann ihre frühere nationale und internationale Stellung allen außerhalb ihres Einflusses liegenden Hemmungen zum Trotz wenigstens zum Teil wiedergewinnen kann, wenn sie unter bewußter Abgabe an alle traditionalistische Wirtschaftsführung ihre Produktions- und Absatzorganisation den veränderten Marktbedingungen anpaßt. Immer noch ist die Einzelirma die charakteristische Rechtsform der Unternehmungen. Einige Zusammenschlüsse, die im Jahre 1929 in die Wege geleitet wurden, sowie der Ausbau technischer Rationalisierungsmaßnahmen gerade in jüngster Zeit, scheinen auf den Anfang einer grundlegenden Umgestaltung der Unternehmungs- und Betriebsorganisation hinzudeuten. Die Zusammenbrüche der letzten Monate zeigen jedoch, daß der weitere krisenhafte Rückgang der Nachfrage die größeren Betriebe mit besonderer Schärfe trifft. Der internationale Markt wird zunächst eine gewisse Beruhigung erfahren müssen, ehe sich die organisatorische Sanierung als Wiederherstellung der Rentabilität auswirken kann. Immer noch bleibt der Stand der Rationalisierung in Deutschland weit hinter der entsprechenden Entwicklung in den Vereinigten Staaten zurück, sowohl was die Maschinenverwendung als auch was die Rohstoffverwertung und die Lösung der Lager- und Transportprobleme anlangt. Dieses langsame Tempo der deutschen Rationalisierung ist um so bedenklicher, weil als Qualitätsindustrie

Die englische Industrie Deutschlands Konkurrenz

auf dem Weltmarkt in der Zukunft darstellen wird. Die englische Industrie soll nach dem Kriege erhebliche Fortschritte gemacht haben.

Die Pianoforteerzeugung der Erde lag 1928 um 40%, die Harmoniumerzeugung um 60% unter den Mengen von 1913. Die Umsätze auf dem Weltmarkt haben sich entsprechend verringert. In Deutschland zeigt die stärkste Einschränkung die Pianoforte-Industrie, deren Produktion in den Jahren 1925 bis 1928 zwischen zwei Dritteln und der Hälfte der Vorkriegsmenge lag und im Jahre 1929 um etwa 60% hinter der Produktionsmenge von 1913 (160 000 Klaviere und 12 000 Flügel) zurückblieb. In der Pianoforteerzeugung der Welt, die für die Vor- und Nachkriegszeit auf etwa 450 Millionen Mark beziffert wird, steht Deutschland zwar heute ebenso wie 1913 an zweiter Stelle hinter USA, doch wurde die deutsche Erzeugung 1929 mengenmäßig von der englischen Produktion erreicht, die allerdings wertmäßig noch immer um die Hälfte unter der deutschen liegt. Der deutsche Anteil an der Ausfuhr der wichtigsten Produktionsländer ist mengenmäßig von 76,5% in 1913

auf 63,6% in 1929 gesunken, während sich in der gleichen Zeit der Anteil der Vereinigten Staaten von 7,7 auf 14,5%, der Frankreichs von 4,4 auf 8,2% und der Österreichs von 1,6 auf 6,7 % gehoben hat; der englische Anteil verminderte sich von 9,8 auf 7,0 %. In der Weiterzeugung von Harmonien, die von 18 000 Stück in 1913 auf unter 14 000 Stück in 1929 gesunken ist, nimmt Deutschland heute die erste Stelle ein, während vor dem Kriege die Vereinigten Staaten das Übergewicht hatten. Dieses Ergebnis ist nur ein vergleichsweise günstiges. Die vermehrten Umsätze mit Holland, Skandinavien, Südafrika und Argentinien konnten den Ausfall Rußlands, der österreichischen Nachfolgestaaten, der Schweiz und Italiens nicht ausgleichen. Der Gesamtmenge nach bleibt die deutsche Harmoniumausfuhr noch um ein Viertel hinter den Umsätzen von 1913 zurück.

Der deutsche Orgelbau

hat dagegen als einzige Gruppe der Musikinstrumentenindustrie seine Stellung behaupten können. Im Einklang mit der Entwicklung der Produktion, in England, Holland, den Vereinigten Staaten und Kanada hat sich die deutsche Erzeugung, die in der Nachkriegszeit jährlich 300 bis 400 Stück betrug, gegenüber der Vorkriegszeit eher noch vergrößert. Der Geschmackswandel auf dem Gebiete der musikalischen Kultur ist der Orgel zugute gekommen. Auch hat die Kinoorgel ein neues Absatzgebiet erschlossen, jedoch steht im deutschen Binnenabsatz die Kirchenorgel noch weitaus an erster Stelle. Die bessere Maschinenausstattung und die niedrigere Lohnquote der amerikanischen Produktion zeigen, daß die deutsche Industrie im Orgelbau, vor allem auch in der Bestandteileherzeugung, noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat.

Der Gesamtproduktionswert der deutschen Großmusikinstrumentenindustrie (1913 rd. 120 Millionen Mark) ist von 160 Millionen Reichsmark in 1927 auf 135 Millionen Reichsmark in 1928 und 100 Millionen Reichsmark in 1929 zurückgegangen, d. h. unter Berücksichtigung der Preisveränderungen gegenüber der Vorkriegszeit seit 1913 auf etwa 50 % gesunken. Beschäftigt werden etwa 30 000 Personen in etwa 800 Betrieben, und zwar vorwiegend gelernte Arbeiter. 70 % der Fabriken gehören zur Pianoforteindustrie, die 85 % der Arbeiter beschäftigt. Die Gliederung nach Betriebsgrößen ist in den einzelnen Zweigen der Gesamtindustrie sehr verschieden. Bei der Pianoforte- und Harmonium-Produktion liegt das Schwergewicht in den Mittel- und Großbetrieben (11 bis 500 Personen), beim Orgelbau kann man von Vorrang einer bestimmten Größenklasse kaum sprechen. Überwiegend im Großbetrieb erfolgt die Herstellung der Bestandteile und Mechaniken, woran z. B. der Kellerkonzern mit über 50 % und die Vereinigten Mechanik-Werke A.-G. mit weiteren 21 % beteiligt sind.

Ein wunderbares Rezept. Daß die rückwärtliche Einstellung in Arbeitgeberkreisen weit verbreitet ist, beweist auch folgende Notiz, die wir in dem Verbandsorgan „Der Typograph“ des Gutenbergbundes lesen:

„Wollte man alle Vorschläge und Programme registrieren, die jetzt von allen berufenen und unberufenen Stellen zur Milderung der Arbeitslosigkeit gemacht werden, man könnte dicke Bände damit zusammenstellen. Zu bedauern ist eine solche Regsamkeit nicht wenn dabei offenbar wird, daß ehrlicher Wille zur Mitarbeit Triebfeder des Handelns ist. Es ist natürlich, daß die Unternehmer vielfach andere Auffassungen vertreten als die Gewerkschaften. Alle sehen die Dinge zunächst von ihrem Blickfeld. Trotzdem sollte soviel allgemeines Verständnis für die Lage vorhanden sein, daß nicht unsinnige Thesen der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 43, 1930) bringt da einen Vorschlag von dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona, Rud. Blohm, zur Senkung der Selbstkosten. Dieser Arbeitgeber beschränkt sich in seinem Vorschlag nicht etwa nur, was zu erwarten war, auf die Herabsetzung der Löhne. Er fordert entschieden mehr. Neben die Herabsetzung der Löhne muß nach seiner Auffassung noch eine Heraufsetzung der Arbeitszeit treten. Die Verlängerung der Arbeitszeit soll, nach dem Rezept dieses Unternehmers, eine bedeutungs-

volle soziale Funktion erfüllen. Sie soll dazu beitragen, daß trotz ermäßigter Stundenlöhne der Tageslohn möglichst stabil bleibt, denn, so sagt der Vorsitzende der Hamburger Arbeitgeber, „für den Arbeiter kommt es lediglich auf den Tagesverdienst an, weil davon seine Lebenshaltung abhängt“. Jetzt wissen wir, was der deutschen Wirtschaft nützt. Verlängerung der Arbeitszeit auf 16 Stunden täglich, das muß jetzt die Parole sein, denn bei diesem Experiment wäre es möglich, den Stundenlohn um die Hälfte zu senken und dabei doch den Tagesverdienst in der bisherigen Höhe zu belassen. Man könnte nach dieser Richtung ja auch noch weiter gehen. In dem gleichen Maße, wie man die Arbeitszeit steigert, könnte der Stundenlohn abgebaut werden; immer würde bei diesem Experiment der Tagesverdienst stabil bleiben! Ausgerechnet in einem Zeitpunkt, wo wir erstlich alle Wege beschreiten müßten, die zu einer Wiedereingliederung der drei Millionen Arbeitsloser in den Produktionsprozeß führen, macht ein deutscher Unternehmer den Vorschlag, die gesetzliche Arbeitszeit zu verlängern, die keine andere Wirkung haben könnte, als Hunderttausende von Menschen, die heute noch Arbeit haben, arbeitslos zu machen. Jedes weitere Wort dazu heiße, dem Vorschlag des Hamburger Arbeitgeberführers eine Bedeutung geben, die er in dieser Notzeit des deutschen Volkes gar nicht haben kann.“

Ein weißer Rabe. Es hagelt nur so von Tarif- und Lohnkündigungen zum Zwecke des Lohnabbaues und der Einführung sonstiger Verschlechterungen. Damit soll der Ausweg aus der Krise gefunden werden.

Von dieser Einstellung hebt sich die Meinung eines führenden Arbeitgebers im deutschen Einzelhandel ab. A. Heflein (Bamberg), Mitglied des Präsidiums des bayerischen Einzelhandels, bezeichnet in Nr. 243 der „Nürnberger Zeitung“ den Lohnabbau als taktisch und wirtschaftlich falsch. Nach einer kurzen Einleitung, wonach es in seinen Kreisen befremden mag, daß er zu dieser Auffassung kommt, bringt Heflein eine ausführliche Begründung für seine Behauptung.

„Vor allem einmal taktisch! Man betrachte doch einmal die Dinge so, wie sie leider sind, und man sehe sich die wirtschaftliche Welt mit nüchternen Augen an. Auf der einen Seite massieren sich die Kapitalien immer mehr in den Händen weniger, werden die Einkommen und Gehälter von wenigen Großen immer noch höher, und auf der anderen Seite predigen ausgerechnet jene, die noch im Überfluß leben können, einen Lohn- und Gehaltsabbau, koste es politisch, was es wolle. Wenige trinken feurigen Wein und predigen für die übrigen Wasser. Es ist klar, daß solcher Dualismus politisch zu nichts Gutem führen kann, und schon aus diesem Grunde halte ich eben jetzt einen gewaltigen Druck auf Löhne und Gehälter für mehr als bedenklich.“

Noch wertvoller ist die Begründung von Heflein, daß der Lohnabbau auch wirtschaftlich falsch sei:

„Aber auch wirtschaftlich bin ich durchaus nicht der Auffassung, daß ein plötzlicher und radikaler Lohn- und Gehaltsabbau das Allheilmittel ist, mit dem man die Wirtschaft ohne weiteres über Nacht anzukurbeln vermag. Vor allem glaube man doch ja nicht, daß die Preise der Waren allein von den Löhnen abhängen. Man wird noch sehr lange auf einen mächtigen Preisabbau warten können, wenn man zu gleicher Zeit, da man die Löhne senkt, daran geht, die Steuern und die Werkstarife zu erhöhen.“

„Mit Rücksicht auf die besondere Lage im Handel von Textilien sollte man nicht im Augenblick die Löhne und Gehälter senken, sondern man sollte den Arbeitern, Angestellten und Beamten Gelegenheit geben, den Konsum zu beleben und die Umsätze zu erhöhen.“

Diese Auffassung dieses führenden Unternehmers im deutschen Einzelhandel weicht also erfreulicherweise wesentlich ab von den sonstigen „Patentvorschlägen“, die man zur Lösung und zur Behebung der Arbeitslosigkeit aus dem Unternehmerlager hört. Leider hören wir aber derartige vernünftige Erklärungen, die durchaus im Interesse der Gesamtwirtschaft liegen, aus dem Unternehmerlager sehr selten. Stur blickt die Mehrheit der sog. Wirtschaftsführer allein auf den Lohnabbau.

Gegen die Unabdingbarkeit der Tarifverträge! In der heutigen Notzeit sind alle Vorschläge zu prüfen, die geeignet erscheinen, die Wirtschaftskrise zu beleben und Millionen Arbeitslose in den Produktionsprozeß einzugliedern. An Vorschlägen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat es in dieser Zeit gewiß nicht gemangelt. Würden jedoch die Vorschläge der „Deutschen Bergwerkszeitung“ ihre Verwirklichung finden, dann wäre weit eher eine tiefe soziale Zerklüftung als eine Belebung der Wirtschaft die Folge. Das wird aus ihren Vorschlägen immer mehr ersichtlich. So fordert sie nunmehr („Deutsche Bergwerkszeitung“, Nr. 265) die Aufhebung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge. Sie schreibt:

„Die Arbeitslosigkeit würde am schnellsten auf ein erträgliches Maß herabgemindert werden können durch eine wenn auch nur vorübergehende völlige Außerkräftsetzung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge, bis Angebot und Nachfrage bezüglich der Arbeitskraft die wirtschaftlich richtige Höhenlage erkennen lassen. Bringt man diesen, den besten Erfolg versprechenden Mut nicht auf — aus Angst vor kräftigem Handeln werden bei uns vorhandene Bedenken leider stets allzusehr in den Vordergrund geschoben —, so sollte man wenigstens die Unabdingbarkeit einschränken, damit nicht die Aus-

nutzung der Arbeitslosenversicherung, wohl aber die Ausnutzung jeder Beschäftigungsmöglichkeit gesichert werden könnte.

Zur Erreichung des gewünschten Zieles würde notwendig sein:

1. eine Abänderung des § 1 der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 z. B. in der Form, daß die von einem Tarifvertrag abweichenden Vereinbarungen wirksam bleiben, wenn sie den Tariflohn um etwa 10 bis 20 Prozent nicht unterschreiten;

2. eine Abänderung des § 90 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes z. B. in der Form, daß die Verweigerung der Arbeit nur dann Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung rechtfertigt, wenn der angebotene Lohn die Höhe des Mittels zwischen dem Unterstützungslohn und dem Tariflohn unterschreitet.“

Um den ohnehin schon stark gekürzten Lohn um weitere 10 bis 20 Prozent senken zu können, fordern die Arbeitgeber die Aufhebung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge, so daß im Endeffekt durch die Aufhebung die Tarifverträge illusorisch gemacht werden. Die Arbeitgeber glauben nunmehr, in einer Zeit zu leben, in der sie ihren alten Standpunkt nach der Methode „Vogel, friß oder stirb“ durchsetzen und den Arbeitern den Lohn wieder nach freiem Ermessen geben können.

Für unsere Mütter - für unsere Jugend!



Die neuen deutschen Wohlfahrtsbriefmarken

Gültig bis 30. Juni 1931

jenigen Personen, die ohne ständige Beschäftigung Arbeit suchen, und sie berücksichtigt nicht die Kurzarbeit, deren wirtschaftliche und soziale Folgen zuweilen ebenso ernst sind wie die der Vollerwerbslosigkeit. Die geographische Verteilung der Arbeitslosen zeigt, daß die im Zentrum der atlantischen Seite der Vereinigten Staaten gelegenen Bezirke, insbesondere die Staaten New York, New Jersey, Pennsylvania, die nordöstlichen Staaten (Ohio, Indiana, Illinois, Michigan und Wisconsin) und die pazifischen Staaten (Washington, Oregon und Kalifornien) am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Die Arbeitslosigkeit in Kanada. Die neue kanadische Regierung hat eine Sondertagung des Parlaments zur Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit einberufen. Die Regierung rechnet im Winter 1930/31 mit einer Arbeitslosigkeit von mehr als 170 000 Personen. Die Schätzungen der Gewerkschaften überschreiten die Ziffer von 200 000. Auf Vorschlag der Regierung hat das Parlament zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschlossen, die Zollsätze zu erhöhen und die Vollmachten der Gouverneure in bezug auf die Anwendung der Dumping-Bestimmungen zu erweitern. Ferner wurde ein Kredit von 20 Millionen Dollar zur Unterstützung der Arbeitslosen bewilligt. Ein Teil dieser Geldmittel wird für öffentliche Arbeiten der Bundesregierung Verwendung finden (Bau von Kais, Brücken, Docks usw.) Ferner beabsichtigt die Regierung, die Provinzen zu unterstützen, um die noch nicht fertiggestellten Abschnitte der großen transkanadischen Straße zu beenden.

Selbsthilfe der Verbraucher. Bekanntlich bestehen in den meisten Orten Deutschlands für dieselbe Ware und Qualität, besonders bei Fleisch- und Wurstwaren, absolut verschiedene Preise. Wo die Konsumvereine der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine gewisse Bedeutung erlangt haben, gelingt es meistens, die Preise nach unten zu regulieren. Leider bestehen noch in vielen Orten keine Konsumvereine. Aber auch hier fängt der Wille zur Selbsthilfe bei der Arbeiterschaft an, sich zu regen, um dem jetzigen Preischaos durch zweckdienliche Maßnahmen zu steuern. So hat z. B. das Ortskartell

der christlichen Gewerkschaften in Verbindung mit der „Wohlfahrt“ in Singen am Hohentwiel sich das Ziel gesteckt, in der dortigen Gegend dem unerträglichen Preisgefahren bei der Fleischversorgung der Bevölkerung ein Ende zu bereiten. Man ist dort dazu übergegangen, eigene Schlachtungen zu übernehmen, um einen verbilligten Fleischverkauf für die schwerbedrückte Arbeiterschaft durchzuführen. Bei der „Wohlfahrt“ wird das Kesselfleisch zum Preise von 80 Pfennig abgegeben, für Fett wird 85 Pfennig und für Wurst 90 Pfennig pro Pfund gefordert. Auch das andere Fleisch wird ebenfalls zu erheblich verbilligten Preisen verkauft. Man kann es letzten Endes verstehen, wenn die Arbeiterschaft auch diese Art der Selbsthilfe anwendet, um sich vor den viel zu hohen Preisspannen und der Ausbeutung zu schützen. F. Bsch.

Berichte aus den Zahlstellen.

Standartenweihe in Kassel. Am Samstag, den 11. Oktober, fanden sich unsere Kollegen, jung und alt, zu einer schlichten Feier zusammen. Es galt die von 5 jungen Kollegen angefertigte Standarte zu weihe. Diese Weihe sollte eigentlich bei dem für Kassel festgelegten Verbandstag erfolgen, aber leider war das nicht möglich. Am 11. und 12. fand hier ein Jugendführerkursus statt, und deshalb beschloß die Zahlstelle unsere Standartenweihe mit einzufügen. Alle Teilnehmer des Kursus und eine Anzahl Kollegen der Berufsverbände sowie der konfessionellen Vereine fanden sich zu unserer Feier ein.

Nachdem einige Lieder gesungen, wurde die Standarte unter den Klängen des Jungsturmliedes in den Saal getragen und dort aufgestellt. Der Vorsitzende, Kollege Süme, hielt eine kurze Begrüßungsansprache und erteilte dann dem Kollegen Trabert das Wort zur Weiherede.

Kollege Trabert dankte zunächst allen Kollegen, welche an dem Zustandekommen der schönen Standarte mitgeholfen haben, und die Arbeit dieser jungen Kollegen zeige, daß trotz der schweren Zeit auch in jungen Herzen noch viel Sinn für schöne Berufsarbeit liege. Er ging dann auf die Bedeutung der in Einlegearbeit ausgeführten Fahnenbilder ein. Zeige die eine Seite den Beruf, und zwar auf dunklem Hintergrunde Hobel, Winkel und Holzhammer, umrahmt mit der Inschrift „Zentralverband christlicher Holzarbeiter, Kassel“, dann die andere Seite das Abzeichen des Gesamtverbandes, rechts den Hessischen Löwen, links unten das Kasseler Wappen und rechts das Abzeichen unseres Verbandes mit seiner Devise „Arbeit, Einigkeit, Stärke, Schutz“. In den einzelnen Bildern sei dargelegt, daß wir den Beruf hochschätzen und als bedeutungsvoll ansehen. Das Zeichen des Gesamtverbandes weckt den solidarischen Gedanken, bewußt betont das Kreuz unsere weltanschauliche Einstellung. Der hessische Löwe solle zeigen, daß wir unserer Stammesart bewußt sind, und das Kasseler Wappen betone die Liebe zur Heimatstadt und daß wir uns mit dieser verwachsen fühlen. Das Wappen unseres Verbandes solle die Verbundenheit der Kollegen in ihrem Berufsverband zeigen, und die Inschrift solle immer alle Kollegen erinnern, daß der einzelne in der Gestaltung seiner beruflichen und sozialen Aufgaben machtlos, zusammengeschlossen mit seinen übrigen Berufskollegen aber stark sei und hier Großes vollbracht werden könne.

Kollege Trabert übergab dann die Standarte dem Vorsitzenden und bat, diese Standarte immer in Ehren zu halten. Die Mitglieder forderte er auf, sich um dieses Banner zu scharen und zu zeigen, daß sie christliche Gewerkschafter sind. Weiter ermahnte er alle Kollegen, ob jung oder alt, mitzuwirken, daß sich eine immer größere Schar Holzarbeiter und verwandter Berufskollegen unter diesem Banner vereinige. Herzlich dankte er den alten Kollegen, welche das Samenkorn für unseren Verband gelegt haben. Mit einem Hoch auf unseren Verband und die christlichen Gewerkschaften schloß er seine Weiherede.

Kollege Süme gelobte, die Fahne immer in Ehren zu halten, und bat die übrigen Kollegen, das gleiche zu tun.

Als dann überbrachte der Reichsjugendleiter des Gesamtverbandes, Kollege Doß, die Grüße des Gesamtverbandes und gab seiner Freude Ausdruck, daß junge Kollegen in schwerer Zeit dies schöne Stück Arbeit geschaffen hätten.

Kollege Weinholz überbrachte die Glückwünsche des D.G.B. und beleuchtete kurz die Aufgabe der christlichen Gewerkschaften in der heutigen Zeit.

Herr Reg.-Rat Dr. Schwab überbrachte die Glückwünsche der anwesenden Gäste. Das Doppelquartett Rheingold verschönerte die Feier durch Vortrag geeigneter Heimatlieder.

Nachdem der Festakt geschlossen, blieben die Kollegen in froher Stimmung bei Lied und Musik noch einige Stunden zusammen. In der folgenden Woche wurde die Standarte in der Hauptverkehrsstraße im „Magazin zum Pfau“ ausgestellt und erregte Aufmerksamkeit und lobende Anerkennung.

Duisburg nimmt Stellung zu den Verbandstagsbeschlüssen. Der überfüllte Saal des Kath. Arbeiterheims am Dienstag, den 11. 11. 30 zeigte schon nach außen hin, daß bei den Holzarbeitern etwas Besonderes los sein müsse. Die Neugierigen erfuhren dann auch recht bald, daß Bericht erstattet werden sollte über den Verbandstag. Der Vorsitzende, Kollege Hünten, eröffnete kurz nach 8 Uhr die Versammlung. Nachdem er kurz auf die wichtigsten Vorkommnisse in der Zahlstelle seit der letzten Versammlung hingewiesen hatte, erteilte er dem Kollegen Trippelsdorf das Wort.

In kurzen knappen Ausführungen begründete derselbe die Stellungnahme des Verbandstages zu den gestellten Anträgen und deren Erledigung, ebenso die vorgenommenen Satzungsänderungen. In ausführlicher Weise ging der Redner dann ein auf die sonstigen Arbeiten und Beschlüsse des Verbandstages und die durch denselben erneut in klarer und scharfer Weise herausgestellte Stellungnahme des Verbandes zu wichtigen Fragen auf den verschiedensten Gebieten. Redner gab ferner die Beschlüsse und Entschliessungen des Verbandstages, u. a. zur Lösung des Arbeitslosenproblems, zur Beseitigung von Mißständen bei der Vergütung von behördlichen Aufträgen, Maßnahmen bezüglich der Frauenarbeit, Doppelverdiener, Jugendbewegung usw., und im besonderen die Stellungnahme des Verbandstages und des Verbandes zu den so heiß umstrittenen Fragen: Arbeitszeit und Abbau der Löhne.

In der einsetzenden, sehr lebhaften Aussprache wurde von allen Diskussionsrednern als selbstverständlich betont, daß die Verbandseinrichtungen, und dieses gelte auch für die Unterstützungen, so gestaltet werden müssen, daß sie in weitestgehendem Maße die Sicherung geben, den in § 2 der Satzungen festgelegten Zweck des Verbandes durchführen zu können. Dem habe sich alles andere unterzuordnen. Ebenso waren alle Redner der einstimmigen Überzeugung, daß die Stellungnahme des Verbandes zu den einzelnen Tagesfragen richtig und es jetzt Aufgabe der Mitglieder sei, auf Grund dieser Richtlinien im Interesse des einzelnen wie auch der Gesamtheit in unentwegter und vertrauender Mitarbeit im Verbands tätig zu sein. Einstimmig wurde der gesamten Verbandsleitung erneut volles Vertrauen ausgesprochen. Der Vorsitzende konnte, nachdem er noch darauf verwiesen hatte, daß in der nächsten Versammlung, die auch von der Jugendgruppe und von den erwachsenen Angehörigen der Mitglieder besucht werden möge, ein Lichtbildervortrag gehalten werde, die in jeder Beziehung gut verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Holzarbeiter schließen. Tr.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenguche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen sollen die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich beim Venloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliebrn unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitgliebr ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Die Fachschrift
die jeder strebsame Tischler haben muß:
Handwerkskunst im Holzgewerbe
Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich
Bestell. bei Postanstalten oder direkt
VERLAG KÖLN · VENLOERWALL 9

Sprechmaschinen-Laufwerke in allen Preislagen
Hausuhrwerke

z. Selbst- la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stück 30-cm-Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Mutttern, Gummiunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25-cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Alumi- um-Schalldose nur **Mark 26.—**
Versand per Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von
Robert Husberg, Neuenrade i.W. 9

Intarrien jeder Art
Katalog gegen 0.50 Mark in Briefmarken
E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II